

### Deutscher Nationalverband.

Ueber die gestern vormittag stattgefundene Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes wird folgender parteiamtlicher Bericht ausgegeben:

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hielt gestern eine längere Sitzung ab, in welcher beschlossen wurde, neuerlich auf das dringendste die Forderung nach Erledigung der längst in Aussicht gestellten Neuordnung und nach Einberufung des Reichsrates zu wiederholen. Weiter wurde festgestellt, daß die Erscheinungen in der Geschäftsgebarung vieler Banken einen entschiedenen Eingriff verlangen, und es wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit die entsprechenden Forderungen an die Regierung zu stellen. Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hat ferner folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Regierung wird aufgefordert, jene Maßnahmen zu treffen, welche notwendig sind, um

1. den im Krieg geschaffenen Wirtschaftszentralen die über eine Verzinsung von 6 vom Hundert des Stammvermögens hinausgehenden Gewinne zugunsten des Staatsschatzes zu enteignen und zur Wohlfahrtspflege für die unbemittelten Bevölkerungsschichten zu verwenden;

2. durch Bestellung ständiger staatlicher Aufsichtszentralen zu verhindern, daß Teile des Gewinnes dem Zugriff des Staates entzogen werden, sei es durch Bilanzschiebungen, sei es durch Aufrechnung unangemessener Verwaltungskosten und anderer Regien, sei es durch Gewährung von Lantien oder wie immer Namen habenden andern Bezügen an die zur Leitung berufenen Teilhaber.

Der Vorstand sprach ferner die Erwartung aus, daß wenigstens einige Zentralen eine Enteignung ihrer Gewinne nicht abwarten, sondern diese freiwillig dem Wohle der Allgemeinheit zur Verfügung stellen werden.

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes hat außerdem noch folgende Beschlüsse gefaßt:

Der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes spricht seine Genugtuung darüber aus, daß die Regierung durch die Erlassung strenger Weisungen ihren festen Willen bekundet habe, der Preistreiberei entschieden entgegenzutreten. Gleichwohl erachte der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes die Ergänzung und Erläuterung der bestehenden Verordnungen für dringend geboten, damit Sicherheit geschaffen werde, daß nur der wirklich Schuldige von der vollen Strenge des Gesetzes getroffen wird, nicht aber der legitime Handel.

Abg. Dr. Groß berichtete ferner auch über den Stand der Dinge in Frage der Reform des Bgll's Schulwesens, zu welchem Gegenstand insbesondere Abg. Pacher sprach, der den Standpunkt der Lehrerschaft gegenüber dem Abg. Steinwender nachdrücklich vertrat.

Abg. Pank erörterte die Möglichkeit der Bildung eines erweiterten deutschen Blocks, woran sich eine Debatte anschloß.

Seitens der Regierung war infolge einer früheren Intervention des Vorstandes die Mitteilung erfolgt, daß das Kriegsministerium im Einvernehmen mit den beiderseitigen Finanzverwaltungen eine Neuregelung der militärischen Familiengebühren eingeleitet habe, wonach den Familien der als Sagister eingerückten Landes- und Gemeinbediensteten sowie Lehrer aller öffentlichen Lehranstalten in jenen Fällen, in denen der Zivilbezug geringer ist als die nach den militärischen Gebührenvorschriften in Betracht kommenden Familiengebühren, die Differenz zwischen den Zivilbezügen und den Familiengebühren als Familienzuschüsse gebühren werde. Diese Mitteilung wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und der Obmann des Deutschen Nationalverbandes beauftragt, dahin vorstellig zu werden, daß diese Neuregelung rückwirkend auf die Zeit der bekanntlich verfügten außerordentlichen Kürzungen der Bezüge Maß greife.

Von anderer Seite wird uns berichtet: Der Obmann Abg. Groß erklärte in seinem Referat, es

sei in der Frage der Einberufung des Reichsrates keinerlei Aenderung eingetreten, diese sei vielmehr zu dem von der Regierung wiederholt bekanntgegebenen Zeitpunkt zu gewärtigen. Der Bericht des Obmannes wurde zur genehmigenden Kenntnis genommen.